„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. B. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 50c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspalig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspalig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspalig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Konservative und Fremdgeborene.

Das positive Ergebnis des konservativen Parteitags in Winnipeg ist, soweit die Formulierung der zukünftigen Torypolitik in Betracht kommt, wirklich dürftig zu nennen. Beim Lesen der Konventionsberichte mußte man den Eindruck gewinnen, als wollte man einer klaren und eindeutigen Festlegung auf den einen oder anderen Standpunkt aus dem Wege gehen. Dabei mögen gewisse Rücksichten auf die verschiedenartige Zusammensetzung des Parteitages wie auch wahltaktische Bedenken mitgespielt haben. Man hoffte wohl, durch Umgehen der ernsten Streitpunkte, namentlich in der Zolltarifpolitik, die Wählermassen in konservativem Sinne beeinflussen zu können. Ganz gewiß trägt aber auch der „genius loci", der Geist Winnipegs als der Metropole des Westens, sein gut Teil Schuld daran, daß man die alten konservativen Prinzipien nicht mit dem gewohnten Nachdruck betont hat. Auf diesem Boden fühlten sich die Vertreter des reaktionären Ostens doch nicht so sicher wie etwa in Toronto, wo ein konservativer Parteitag gewiß ein ganz anderes Gepräge erhalten hätte als in Winnipeg. Diesem Umstande mag es wohl zuzuschreiben sein, daß man sich, vielleicht unbewußt und ungewollt, der liberalen Politik mehr genähert hat als es eingefleischten Tories lieb ist. Doch die liberale Administration der letzten Jahre hat sich nicht nur die Gunst der Massen erworben, sondern auch auf faktische und praktische Erfolge hinzuweisen, wie sie von den Ministern Robb und Dunning erst kürzlich in Regina dargelegt wurden. Daran kann auch kein konservativer Parteitag rütteln.

Drei Streitfragen traten besonders scharf in den Vordergrund. Arthur Meighen, der Vorgänger des jetzigen Parteiführers R. B. Bennett, verteidigte mit großem Geschick seine Hamilton-Rede, in der er sich bekanntlich dafür eingesetzt hatte, daß gelegentlich eines zukünftigen Kriegsfalles erst eine allgemeine Wahl über Beteiligung oder Nichtbeteiligung entscheiden solle. Damit war eine Frage angeschnitten, welche die vitalsten Interessen des britischen Reiches berührt. Premier Ferguson von Ontario als Vertreter des imperialistischen Ostens trat ihm entgegen. Das Rededuell führte jedoch trotz der Kundgebungen für Meighen zu keinem bestimmten **Resultat. Ein anderer Streitpunkt** ist die Frage der **Naturwerte** (natural resources) gewesen, für deren Rückgabe an die Prärieprovinzen eine angenommene Resolution eintritt. Damit hat sich die Konvention auf ein sehr schwieriges Gelände begeben, auf dem eines Tages noch erbitterte Kämpfe zwischen den Anhängern der öffentlichen Schulen und der Separatschulen ausgefochten werden können. Es handelt sich um den Schutz der Minderheitsrechte. Die konservative Resolution drückt sich mit einer nichtssagenden Phrase um die Entscheidung herum. Der dritte Stein des Anstoßes war die Einwanderungsfrage. Es lohnt sich wohl, darauf etwas näher einzugehen.

Im ersten Resolutionsentwurf zur Einwanderungsfrage war gefordert: „Ausschluß der Orientalen." Der bekannte Völkerbundsapostel Sir George Foster äußerte starke Bedenken mit Rücksicht auf die asiatischen Völker, deren Feindschaft Canada nicht auf sich ziehen solle. J. T. Haig von Winnipeg schlug folgende Fassung vor: „Ausschluß jener Rassen, die keiner Assimilierung fähig sind." Da tauchte Dr. J. T. M. Anderson, der Legislaturabgeordnete für Saskatoon, auf und erklärte u. a.:

„Es ist jedermann in dieser Halle und jedem Bürger in Canada wohlbekannt, daß wir in der ganzen Dominion und namentlich in den Prärieprovinzen eine kosmopolitische Bevölkerung sind. Wir haben Leute aus der ganzen Welt, die hier leben und deren Knaben und Mädchen zu Männern und Frauen in Canada herangewachsen sind .... In Saskatchewan haben wir solch einen großen Prozentsatz von nichtangelsächsischem Ursprung, unter dem ich 13 oder 14 Jahre als Erzieher gearbeitet habe, und ich weiß, daß die große Mehrzahl der Leute sich ansässig macht und ihren Beitrag zum Aufbau der großen Provinz Saskatchewan leistet. Die konservative Partei tritt für die Erhaltung der britischen Ueberlieferungen in diesem Lande ein, aber ich möchte unsere Wertschätzung für die Art und Weise ausdrücken, wie die Leute, die aus nicht-englischsprechenden Ländern hierher gekommen sind, diese Traditionen erhalten haben. Unsere politischen Gegner haben es so hinzustellen versucht, als sei die konservative Partei eine Feindin der Leute, die aus anderen Ländern nach Canada kommen. ... Sie alle hier sind canadische Bürger, die an die konservative Politik glauben, ob Sie Ungarn, Oesterreicher oder Deutsche sind. Ihre Herzen schlagen in Sympathie mit jenen Leuten, die hundertprozentige Canadier werden, und sind bereit, Ihnen zu helfen."

Ein weiterer Diskussionsredner zum nämlichen Thema war A. G. MacKinnon, der letzte konservative Kandidat in Regina, der folgendes ausführte:

„Ich denke, es gibt keinen Teil Canadas, der so stark wie Saskatchewan an der Einwanderung interessiert ist .... Aber wenn man den Abänderungsvorschlag (von J. T. Haig, Winnipeg) betrachtet, sollte man bedenken, daß dadurch eine Waffe in die Hände unserer politischen Gegner gelegt wird. In Saskatchewan haben wir Leute von jeder Rasse der Welt .... Sie haben den Ausschluß jener Rassen im Sinn, die keine Fähigkeit zur Assimilierung haben, und ich weiß, was Sie meinen; aber unsere politischen Gegner werden sagen, daß wir einen Bann auf die Deutschen und Oesterreicher und die übrigen Leute legen wollen. ... Geben Sie nicht unseren Gegnern einen unpassenden Vorteil in einer wichtigen Frage dieser Art."

Auch hier zeigt sich also das Bestreben, das schon eingangs angedeutet wurde, weder links noch rechts anzustoßen. Auch hier wieder wahltaktische Erwägungen, wie es MacKinnon deutlicher als Dr. Anderson erkennen ließ. Während Dr. Anderson, der durch sein Buch über die „Neucanadier" sich keinen guten Ruf in Saskatchewan erworben hat, das Verhältnis der Fremdgeborenen zu den „britischen Ueberlieferungen" hervorhebt und von „hundertprozentigen Canadiern", wie er sie versteht, schwärmt, fürchtet MacKinnon mehr die Wirkung bei den nächsten Wahlen.

Darf man aus den Aeußerungen der beiden Redner auf eine wirkliche und gründliche Gesinnungsänderung im konservativen Lager rechnen, soweit die Stellung zu den Fremdgeborenen in Frage kommt? Wir können nicht in das Herzenskämmerlein der Konservativen hineinschauen, aber die Erfahrungen der Vergangenheit haben uns mißtrauisch gemacht, sodaß wir mit dem Dichter sprechen müssen: „Es wär' zu schön, um wahr zu sein." Jedenfalls haben Dr. Anderson und MacKinnon nur eine Erschwerung ihrer Lage in Saskatchewan verhüten wollen. Das ist doch unzweifelhaft der Sinn ihrer Darlegungen. Das aber kann uns nicht genügen. Wir wollen statt der schönen Worte, mit denen man uns gelegentlich umschmeichelt, Berücksichtigung und Gleichberechtigung.

Immerhin sei gerne zugegeben, daß der konservative Parteitag wenigstens flüchtig gezeigt hat, welche Bedeutung man auch in jenen Kreisen allmählich den Fremdgeborenen beimißt, besonders aber den Deutschen und Oesterreichern, die ausdrücklich erwähnt wurden. Vielleicht entwickelt sich bei den nächsten Wahlen sogar noch ein richtiges Wettrennen um unsere Gunst. Wir werden jedoch uns auch dann nicht irreführen lassen, sondern zwischen wahren, aufrichtigen Freunden und jenen, die nur zu Wahlzwecken um unsere Freundschaft werben, zu unterscheiden wissen.

Deutsche in der Fremde.

„Kaum einer unter hundert Deutschen," schreibt die Ostdeutsche Morgenpost, „hat bis zum Kriege gewußt, daß es so was überhaupt gibt: Auslandsdeutschtum. Viele der Wissenden aber meinten achselzuckend: Verlorene Söhne! Erst der Weltkrieg hat uns so recht gezeigt, was für ein trübes und doch so stolzes Stück unserer Geschichte die Geschichte des Deutschtums in der Zerstreuung ist. Kein Volk der Erde hat ähnliches aufzuweisen: sechzig Millionen im Reich über dreißig Millionen in aller Welt! Deutschland ist viel größer als das Deutsche Reich: es liegt in aller Welt, wo Deutsche wohnen.

„Wohl haben viele von den Ausgewanderten oder Zurückgebliebenen deutsche Art und Sprache weggeworfen wie ein zerschlissenes Gewand. Viele taten es und tun es noch jetzt unter dem Zwange wirtschaftlicher Not. Aber auch das andere ist wahr: Sehr oft sind die Auslandsdeutschen die besten Deutschen gewesen. Wer in unablässigem Kampfe um sein Erbteil, sein Volkstum steht, stählt seine Kraft, arbeitet sich die Seele heiß, ist mit Bewußtsein, was viele Deutsche nur der Geburt und Staatszugehörigkeit nach sind. Neues Leben braust durch die Vereine im Auslande. Aber ihr Kampf ist heiß. Wollen wir unsere Brüder vergessen?

„Bitter not tut ihnen die deutsche Schule. Was eine solche deutsche Auslandsschule bedeutet, können wir im Reich uns kaum vorstellen. Wohl sind wir selber arm, aber unsere Armut muß noch ein Scherflein hergeben für die deutsche Schule da draußen. Und wie die deutsche Schule, **braucht die deutsche Zeitung im Draußen-Deutschland unsere Unterstützung. Sie gibt den Brüdern die Heimstärkung, die deutsche Geistesnahrung.** Der Auslandsdeutsche muß im Reich ein freudiges Verstehen für alle seine Nöten finden.

„Darum hat der Verein für das Deutschtum im Ausland, Landesverband Schlesien, eine Hilfs- und Werbewoche veranstaltet. Zweck der Werbewoche war, die Aufmerksamkeit aller Kreise und Berufe der gesamten Bevölkerung durch Aufrufe, Vorträge, Veranstaltungen, Konzerte, künstlerische Darbietungen, Zeitungsartikel, Flugblätter eine ganze Woche lang auf die große Not unserer stammverwandten Schwestern und Brüder, besonders der schwerbedrängten deutschen Schulen außerhalb der Reichsgrenze hinzulenken. Durch rege Werbe- und Sammeltätigkeit sollten dem Verein neue Mittel und Mitglieder gesichert werden, um diese schwere Not lindern zu können.

„Der Regierungspräsident in Oppeln hatte die Kreisjugendpfleger und Kreisjugendpflegerinnen ermächtigt, diese Werbewoche weitgehendst zu unterstützen und im Interesse der Erhaltung der schwerbedrohten deutschen Schulen im Auslande alle Kräfte zu ihrer Durchführung anzuspornen. Der Regierungspräsident hatte weiter gestattet, daß zu Beginn der Woche in den deutschen Schulen im Rahmen des Unterrichts durch Vorträge oder in anderer Weise der Auslandsdeutschen in ihrer Not gedacht und die schwierige Lage der bedrohten Auslandsschulen geschildert werde.

„Es ist schmerzlich, daß wir dreißig Millionen unseres Blutes unter fremden Bannern wohnen sehen müssen. Kaum ein Fleckchen der weiten Erde, das uns nicht irgend etwas für uns selber zu sagen hätte. Wer ein wahres Kind seines Volkes sein will, muß die Verflechtung dieses Volkes mit der weiten Welt kennen und mit aller Sorglichkeit im Herzen tragen!"

Weltumschau

Auslandanleihen für Deutschland.

Langfristige Auslandanleihen sind für Deutschland unvermeidlich, selbst in der nächsten Zukunft, und wirtschaftlich und finanziell gerechtfertigt, laut eines Uebereinkommens in einer Kabinettssitzung, der auch Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht und der Generaldirektor der Reichsbahnen beiwohnte. Andererseits einigte man sich dahin, daß unnötige und nicht wirtschaftliche Ausgaben für Auslanddarlehen unbedingt vermieden werden müssen. Zur praktischen Anwendung dieser Prinzipien plant man die Zuständigkeit der Beratungsbehörde für Auslandanleihen und insbesondere ihre Wege zur Untersuchung von Darlehnsgesuchen zu erweitern, für welch letztere Verhandlungen mit den betreffenden Staatsregierungen im Zusammenwirken mit der Reichsbank Verhandlungen aufgenommen werden.

Die Konferenz zwischen der Regierung und Schacht wird in Finanzkreisen als Vorbote einer schärferen offiziellen Prüfung des seither nicht kontrollierten Wettlaufens um öffentliche und private Anleihen in den Vereinigten Staaten betrachtet. Sie wird ferner als ein moralischer Sieg für Schacht betrachtet, der bis jetzt fast allein mit seinen Protesten gegen die Politik der Aufnahme kurzfristiger Darlehen im Auslande, ohne Rücksicht auf Deutschlands Grundverpflichtungen unter dem Dawesplan und den Reparationszahlungen, dastand.

Mit dem Vorschlage einer $30,000,000 preußischen Anleihe erreichte die Frage einen Punkt an dem der Reichsbankleiter sich entschloß, die Bremsen anzuziehen. Während er der Gegenstand bitterer Angriffe von vielen Seiten war, wird jetzt erkannt, daß sein Eingreifen zu einer gesunden Klärung der Atmosphäre führte und gleichzeitig zu einer Stärkung des amerikanischen Vertrauens in deutsche Anleihen, soweit sie wirtschaftlich und finanziell gesund sind.

Hohenzollerin mit Russen verlobt.

Der frühere Kaiser Wilhelm hat als Oberhaupt der Hohenzollernfamilie seine Einwilligung zu der Verlobung seiner 61 Jahre alten Schwester, der Prinzessin Victoria zu Schaumburg-Lippe, mit dem 27 Jahre alten russischen Studenten Dworjanin Alexander Subkow gegeben, wie in Bonn (Deutschland) bekannt gemacht wurde. Prinz Heinrich von Preußen, der Bruder des früheren Kaisers und der Braut, war bei der Verlobungsfeier zugegen. Die Hochzeit, für die das Datum noch nicht festgesetzt worden ist, wird nach dem lutherischen Ritus vorgenommen werden.

Der junge Subkow ist der Abkömmling einer alten, angesehenen russischen Adelsfamilie. Sein bereits verstorbener Vater war der Eigentümer großer Webereien in Rußland. Die Bolschewisten beschlagnahmten das ganze Familieneigentum. Seine Mutter lebt in ihrem Geburtslande Schweden. Subkow studierte früher Jura an der Universität Bonn. Er diente eine Zeitlang in der norwegischen Handelsmarine, ist nun jedoch bereits seit längerer Zeit in Bonn ansässig.

Neuer Flugzeugtyp.

Grundsätze, die bisher bei der Herstellung von Flugzeugen als axiomatisch angesehen wurden, sind von der deutschen „Focke-Wulf Flugzeugbau Aktiengesellschaft" bei der Konstruktion eines völlig neuen Typs von Maschinen, die schwerer als die Luft sind, auf den Kopf gestellt worden. Auf den ersten Blick glaubt man, daß das neue Flugzeug, das als Typ „Ente" eingeführt wurde, rückwärts fliegt, da sich die Kontrollvorrichtungen vorn und der Motor und die Flügel am rückwärtigen Teil der Maschine befinden.

Die Erfinder dieses Flugzeugtyps erklären, daß ihre neue Maschine jede Möglichkeit eines Ueberschlagens ausschließe und daß, was von noch größerer Wichtigkeit ist, die Bremsen plötzlich und rasch angezogen werden können, wenn das Flugzeug den Boden erreicht, ohne daß es der Gefahr ausgesetzt würde, sich zu überschlagen. Dies ist von unschätzbarem Wert im Falle einer Notlandung auf einem ungebegrenzten Platz.

Ein anderer Vorteil des Ententyps ist, daß die Insassen, da sie weit hinten sitzen, beim Anprall an Hindernisse oder anderen ähnlichen Zufällen besser geschützt sind als in den jetzt allgemein üblichen Flugzeugen. Durch die veränderte Bauart ist der Schwerpunkt der Maschine vollständig nach hinten verlegt worden, was ihr in jeder Hinsicht eine bedeutend größere Sicherheit verleiht.

Der erste Probeflug hat alle Behauptungen der Erfinder in glänzendster Weise bestätigt. Während des Fluges zeigte Direktor Wulf, der das Flugzeug persönlich lenkte, seine Zuversicht in dessen Stabilität dadurch, daß er die Arme faltete und die Maschine eine Weile allein durch die Luft gleiten ließ.

Neue österreichische Anleihe.

Bei Einreichung des österreichischen Budgets für 1928 im Nationalrat gab Bundes-Finanzminister Kienböck bekannt, dem Voranschlag nach sei im nächsten Fiskaljahr mit einem Ueberschuß von $5,000,000 zu rechnen. Diese Summe reiche indeß nicht hin zur Deckung der Kosten der in Aussicht genommenen staatlichen Unternehmungen. Eine neue Auslandanleihe sei deshalb erforderlich. Vertreter der Regierung haben sich denn auch bereits nach London begeben und verhandeln mit dortigen Banken über die Auflegung einer Anleihe von etwa $120,000,000.

Arbeiterschutz in Oesterreich.

Oesterreich hat unter dem neuen, seit letztem Frühjahr in Kraft befindlichen Arbeiterschutzgesetz einen großen Fortschritt in der Arbeiterversicherung gemacht. Es gibt dort jetzt für alle Angestellten — ausgenommen Land- und Waldarbeiter — eine Zwangsversicherung gegen Unfälle, Krankheit und Arbeitsunfähigkeit wegen Siechtums. Und diese Versicherung gilt nicht nur für die Personen, welche die Versicherungsprämien aus ihren Löhnen und Gehältern zu entrichten haben, sondern auch für ihre Frauen und Kinder, sogar für uneheliche Kinder. In Krankheitsfällen wird den Versicherten Krankengeld bezahlt und freie ärztliche Behandlung zur Verfügung gestellt oder sie werden unentgeltlich in Krankenhäusern oder Heilanstalten behandelt. Direkt versicherte Frauen sind sechs Wochen vor und sechs Wochen nach einer Kindesgeburt zu Krankengeldern berechtigt, Gattinnen versicherter Angestellter während der gleichen zwölf Wochen zum halben Krankengeld. Gleichviel, ob sie direkt oder indirekt versichert sind, erhalten Mütter, die ihre Kinder selbst ernähren, 12 Wochen lang halbes Krankengeld als Zuschuß. Es ist also namentlich für weitgehenden Mutterschutz gesorgt. Ueberhaupt ist das neue österreichische Arbeiterschutzgesetz, auch was die Höhe der Versicherungsgelder betrifft, viel liberaler als das erste österreichische Arbeiterschutzgesetz, das aus dem Jahre 1888 datierte.

Hilferuf Liechtensteins.

Das kleine Fürstentum Liechtenstein, das durch die kürzliche Ueberschwemmung vollständig verheert wurde, hat sich an die Assoziierte Presse mit einem Appell um Hilfe aus Amerika gewandt. „In unserem schrecklichen Unglück," wird in dem Appell gesagt, der die Unterschrift aller Regierungsmitglieder trägt, „strecken wir unsere Hände über den Ozean." Ausgeführt wird sodann, daß zum Wiederaufbau der Häuser im ganzen Fürstentum etwa 10 Millionen Schweizer Franken oder $1,900,000 erforderlich sind. Es wird gebeten, etwaige Beiträge an die Liechtensteiner Landeshilfe-Kommission in Vaduz, der Hauptstadt des Ländchens, zu senden.

Deutsch als Landessprache der Tschechei.

Auf dem in Iglau (Böhmen) abgehaltenen Parteitag der deutschen demokratischen Freiheitspartei wurde in einer Entschließung verlangt, daß im Einklang mit den Versprechungen der tschechoslowakischen Regierungsvertreter in Saint-Germain die deutsche Sprache als zweite Landessprache überall Geltung und Verwendung finde, ferner, daß Einrichtungen geschaffen werden, die es ermöglichen, nationale Streitigkeiten vor ein völlig unparteiisches Sondergericht zu bringen. Jede gewaltsame Entnationalisierung soll durch den Strafrichter verfolgt werden.

Die staatlichen Subventionen, Dotationen und Lieferungen sollen entsprechend der Steuerkraft und dem nationalen Bevölkerungsverhältnis verteilt werden. Nach dem gleichen Verhältnis sollen Beamte und sonstige Bedienstete, die der deutschen Minderheit angehören, in die Betriebe des Staates und der anderen offiziellen Körperschaften aufgenommen und in gleicher Weise wie die tschechoslowakischen Beamten behandelt werden. Der Parteitag faßte ferner Entschließungen, in denen an der Politik der deutschen Regierungsparteien scharfe Kritik geübt wird.

Die Demokratische Partei des Deutschen Reiches war durch den Hauptgeschäftsleiter des Landesverbandes Berlin, Stünd, vertreten.

Vorläufig kein Balkankrieg.

Alle Gefahr für einen Krieg oder den Abbruch der Beziehungen zwischen Jugoslawien und Bulgarien wird in Belgrad als beseitigt angesehen, nachdem Bulgarien an der Grenze das Kriegsrecht erklärt und die Provinz Kustendil, sowie andere strategisch wichtige Punkte an der Grenze geschlossen hatte, um weitere Einfälle der Komitatschis oder irregulärer Truppen auf jugoslawisches Gebiet zu verhindern. Zu gleicher Zeit mit der Verhängung des Kriegsrechtes sprach der bulgarische Außenminister in Sofia, M. Burow, das aufrichtigste Bedauern Bulgariens über die Ermordung des Generals Kowatschewitsch von Jugoslawien aus, erklärte jedoch dem jugoslawischen Gesandten, daß das Verbrechen von Elementen auf jugoslawischem Boden ausgeführt wurde, welche außerhalb der bulgarischen Kontrolle wären. Er versicherte dem jugoslawischen Gesandten M. Netschitsch auch, daß Bulgarien alle Maßnahmen ergriffen habe und ergreifen werde, um die Tätigkeiten der gefährlichen mazedonischen Elemente zu unterdrücken, wo immer dieselben unter der Kontrolle von Sofia seien, daß jedoch Bulgarien nicht imstande sei, Unruhen außerhalb seiner Grenzen zu unterdrücken.

Der Gefährte der Mörder des Generals Kowatschewitsch wurde von der Polizei verhört. Er soll den Behörden erklärt haben, daß er und seine Genossen, die beide bei ihrer Gefangennahme getötet wurden, von dem mazedonischen Revolutionskomitee für die Ermordung des Generals bezahlt wurden.

Französische Wirtschaftslage.

In der französischen Presse wird zur Zeit von finanziellen Sachverständigen die Frage lebhaft erörtert, ob Frankreich in der nächsten Zukunft einen wirtschaftlichen Niedergang oder eine Geschäftsstockung zu erwarten hat, wobei insbesondere auf die stetig zunehmenden Kosten des Lebensunterhalts hingewiesen wird. Die Mehrzahl der Sachverständigen bestreitet aber, daß eine Verschlechterung der Geschäftslage bevorstehe und führen zur Unterstützung ihrer optimistischen Auffassung an, daß nach amtlichen Erhebungen die Zahl der Arbeitslosen in ganz Frankreich am 1. Oktober 11,272 betrug oder 2500 weniger als am 1. September, während am 1. März d. J. über 80,000 Arbeitslose gezählt wurden.

Da der Frankenkurs nach Ansicht der Regierung in den letzten Wochen zu rasch stieg, wurde einer weiteren ungesunden Kurserhöhung vom französischen Schatzamt dadurch Einhalt getan, daß es vorige Woche bei der Bank von Frankreich eine Anleihe von einer Milliarde Frank machte.

Für Unabhängigkeit des Elsaß.

Die starke Heimatbewegung in Elsaß-Lothringen, die seit längerer Zeit die Rechte der deutschen Bevölkerung gegenüber fortwährenden Uebergriffen der französischen Machthaber mit zäher Ausdauer verteidigt, hat sich jetzt zu einer „Elsaß-Lothringischen Autonomisten-Partei" kristallisiert, um in geschlossener Front ihre Sache zu verfechten. Die Gründung der neuen Partei erfolgte in einer von mehreren hundert Vertretern aus dem Elsaß und aus Deutsch-Lothringen besuchten geschlossenen Versammlung. Das provisorische Komitee wurde bis zur Generalversammlung bestätigt. Der Landessekretär des „Heimatbundes", Roos, leitete die Versammlung mit dem Rufe ein: „Es lebe Elsaß-Lothringen." Als Ergebnis der „Befreiung" von 1918 verzeichnete er kulturelle Unterdrückung, moralische Mißhandlung, Schädigung der Einheimischen bis zum Ruin. „Unser Volk, das nicht nur Besseres verdient hat, sondern auch Besseres gewöhnt ist, hat genug gehabt von der Lotterwirtschaft und der Korruption." Die neue Partei bekenne sich zur Völkerversöhnung auf der Grundlage des Rechts, nicht zu der in Versailles gewählten Grundlage der Gewalt. Die Autonomistenpartei sei nicht separatistisch, aber sie stelle das Interesse des elsaß-lothringischen Volkes über alles andere. „Als Volk unter gleichen Völkern im großen Rahmen Europas will und soll unser Volk leben."

Der Herausgeber der autonomistischen Wochenschrift „Die Zukunft", Schall, legte die Notwendigkeit der neuen Partei am Beispiel des Versagens der bestehenden Parteien in der Frage der Heimatrechte dar.

Die in den letzten Wochen verwirklichte Zusammenarbeit der elsaß-lothringischen Heimatsbewegung mit anderen nationalen Minderheiten in Europa äußerte sich in Glückwünschen von bretonischen Freunden, von Vlamen aus Antwerpen und von Freunden aus Corsica. Die Versammlung wurde mit dem Gesang des neuen Elsaß-Lothringen-Liedes geschlossen.

Mexikanischer Aufruhr unterdrückt.

Die mexikanische Regierung teilt mit, daß die von den Generalen Gomez und Almada geführten Rebellenbanden von den Bundestruppen in einer sechsstündigen Schlacht besiegt und in die Flucht geschlagen wurden. Es wird erklärt, daß die Banden zersprengt wurden und daß die Revolution beendigt ist. Der Schauplatz des Kampfes war in der Nähe von Ayahualulco, unweit von Perote im Staate Vera Cruz. Nach vorläufigen Mitteilungen wurden von den ungefähr 1000 Rebellen, die sich unter Anführung der zwei genannten Generäle 3000 Bundestruppen entgegenstellten, 600 gefangen genommen, vielleicht 50 getötet und 100 verwundet. Der Rest flüchtete. Gomez und Almada entkamen. Sie werden auf der Flucht von ungefähr 100 Mann begleitet und Bundestruppen sind ihnen hart auf den Fersen.

Nach amtlichen Nachrichten wurden in der Nähe von Jalapa im Staate Vera Cruz 16 Rebellen, darunter General Paulino Fontes, der frühere Sekretär der mexikanischen Staatsbahnen, standrechtlich erschossen. Soweit festgestellt werden kann, sind seit dem Ausbruch der Revolution in ganz Mexiko 79 kriegsgerichtliche Todesurteile vollstreckt worden. Unter den Hingerichteten waren, einschließlich von Fontes, 16 Generäle.

Sagen Sie es Ihren Freunden:
„Der Courier ist die führende deutsche Zeitung in Canada"!

Deutsche Wahlergebnisse in Südslawien.

Die Parlamentswahlen am 11. September haben den Deutschen von Jugoslawien zwar nicht den von ihnen erwarteten Erfolg gebracht, aber es kann doch erfreulicherweise festgestellt werden, daß die Anzahl der deutschen Stimmen in allen Wahlkreisen gegenüber den Wahlen des Jahres 1925 zugenommen hat. Auch konnte wenigstens die Zahl der deutschen Mandate von fünf auf sechs vermehrt werden, so daß der Klub der deutschen Abgeordneten nunmehr auch im Sinne der parlamentarischen Geschäftsordnung wieder den Charakter eines eigenen Klubs erhält. Gewählt wurden die bisherigen fünf deutschen Abgeordneten, Dr. Stefan Kraft, Dr. Hans Moser, Dr. Georg Graßl, Dr. Wilhelm Neuner und S. Schumacher, außerdem Dr. Simon Bartmann, der bereits bei den ersten Wahlen des Jahres 1923 zum Abgeordneten gewählt worden war. Im Wahlkreis Somdor (Batschka) wurden drei deutsche Mandate, im oberen Banat ein und im unteren Banat zwei deutsche Mandate errungen. Leider war es nicht möglich, das deutsche Mandat im Wahlkreis Neusatz zu behaupten, wo sich bereits bei den beiden früheren Wahlen die Zahl der deutschen Stimmen knapp an der Grenze des Quotienten bewegt hatte. Die notwendige Erhöhung der deutschen Stimmenzahl war hier dieses Mal nicht zu erreichen. Aehnlich liegen die Verhältnisse im oberen Banat, während im unteren Banat ein sehr erfreuliches Fortschreiten festzustellen ist: Gegenüber keinem Mandat im Jahre 1923 wurde 1925 ein Mandat erkämpft und jetzt sogar zwei. Leider reichten die deutschen Stimmen nicht aus, um sowohl in Slowenien, wie in Slawonien (Wahlkreis Virovitica) und in Syrmien deutsche Mandate zu erobern. Das ist besonders schmerzlich für Syrmien, wo gerade in den letzten Wochen und Monaten die deutsche Bewegung sich mächtig entfaltet hat; dieser Mißerfolg ist auch deswegen besonders eigenartig, weil vier von den sechs gewählten deutschen Abgeordneten in Syrmien ihren Wohnsitz haben. Als festeste Hochburg des Deutschtums hat sich wiederum die mittlere Batschka behauptet, wo bei den Terrorwahlen von 1925 nur zwei deutsche Abgeordnete durchdrangen, und wo jetzt wenigstens wieder der Stand von 1923 erreicht werden konnte. Ein weiterer planmäßiger Ausbau der deutschen Organisation berechtigt immerhin nach dem diesmaligen Wahlergebnis zu der Hoffnung, bei den nächsten Wahlen die Zahl der deutschen Mandate abermals zu vermehren. Die diesjährige Gesamtzahl der deutschen Stimmen beträgt nach den vorläufigen Meldungen 48,032 gegenüber 43,550 im Jahre 1923 und 44,571 im Jahre 1925.

Amerikanische Ernte.

Das Bundes-Landwirtschafts-Departement der Vereinigten Staaten hat auf Grund des Saatenstandes am 1. Oktober die mutmaßliche Maisernte in diesem Jahre auf 2,603,437,000 Buschel und die Frühjahrsweizenernte auf 313,771,000 Buschel geschätzt.

Die Ernteaussichten haben sich im allgemeinen seit dem 1. September infolge des ungewöhnlich heißen Wetters während der ersten drei Septemberwochen bedeutend gebessert.

Die Winterweizenernte wird auf 552,767,000 Buschel eingeschätzt, so daß sich für die ganze Weizenernte eine Gesamtschätzung von 866,538,000 Buschel ergibt. Im letzten Jahre betrug die gesamte Weizenernte 832,809,000 Buschel.

Andere Ernteschätzungen sind: Hafer 1,206,000,000 Buschel; Gerste 265,000,000 Buschel; Roggen 61,500,000 Buschel; Buchweizen 15,800,000; Leinsamen 24,300,000 Bu.; Reis 37,900,000 Bu.

Unsere Garantie
$1000.00 in bar
zahlen wir jedermann, der uns nachweist, dass die nachfolgenden Angaben nicht auf Wahrheit beruhen:
Togal TABLETTEN
haben sich hervorragend bewährt bei:
Rheuma | Nerven- und
Gicht | Kopfschmerzen
Ischias | Hexenschuss
Erkältungskrankheiten.
Innerhalb eines halben Jahres gingen mehr als 1500 Atteste allein aus Ärztekreisen ein, darunter von namhaften Professoren und ersten Kliniken und Krankenanstalten.
Herr Professor Dr. med. W. in M. schreibt u. a.: Auch ein mir befreundeter Kollege teilte mir mit, dass er selbst an Ischias leidend verschied. Mittel ohne Erfolg angewandt hatte, bis die Schmerzen auf Togal rasch und für dauernd entschwunden seien. In ähnlichem Sinne urteilen viele tausende.

Seit über 12 Jahren in Europa glänzend bewährt! — Leiden auch Sie nicht länger und besorgen Sie sich noch heute aus der nächsten Apotheke Togal.
Preis $1.00. Probepackung 40c.
Agent: Benno Bott, 1609—11. Ave. Regina, Sask., Phone 4161.